

EIN JAHR ROT-ROT-GRÜN. EIN ANFANG IST GEMACHT

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns viel vorgenommen: Berlin wieder zum Funktionieren zu bringen, Schulen und Kitas zu sanieren und neue zu bauen, Armut zu bekämpfen, den steigenden Mieten und Verdrängung entgegenzutreten und eine ökologische Energie- und Verkehrswende einzuleiten. Auch wenn noch viel zu tun bleibt, konnten etliche Vorhaben bereits beschlossen oder umgesetzt werden.

DIE LINKE.
im Abgeordnetenhaus von Berlin

INVESTIEREN UND BERLIN SANIEREN

■ Mit der Sicherung des Jahresüberschusses 2016, der Neuausrichtung des Sondervermögens SIWANA und dem Nachtragshaushalt im Frühjahr wurden bereits erste Grundlagen für eine **Investitionsoffensive** gelegt. Mit dem kommenden **Doppelhaushalt** für die Jahre 2018 und 2019 geht die rot-rot-grüne Koalition nun den bislang wichtigsten Schritt zur Finanzierung des Koalitionsprogramms. Um die marode öffentliche Infrastruktur der Stadt wieder in Schuss zu bringen, werden die Ausgaben für Investitionen im Haushalt auf über 2,2 Milliarden Euro pro Jahr verdoppelt. Der gesamte Landeshaushalt hat ein Volumen von 28,6 Milliarden im Jahr 2018 und rund 29,4 Milliarden im Jahr 2019.

ARMUT BEKÄMPFEN

■ Die vom Amt gezahlten Mieten für Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld werden angehoben. Dadurch werden ab dem 1. Januar 2018 die Mieten von 86.000 Bedarfsgemeinschaften, die sich bislang die Miete vom Munde absparen mussten, wieder vollständig übernommen (**AV-Wohnen**).

■ Der Preis für das **Sozialticket** wurde bereits zum 1. Juli 2017 von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt. Die rot-rot-grünen Fraktionen haben im Haushalt für die

nächsten beiden Jahre Geld bereitgestellt, damit auch Empfänger*innen von Wohngeld und SED-Opferrente das Sozialticket bekommen können. Das Schülerticket wird für Schüler*innen mit berlinpass kostenlos.

■ Im Rahmen der **Kältehilfe** werden dieses Jahr mit 1.000 Notübernachtungsplätzen für Wohnungslose so viele wie noch nie in Berlin zur Verfügung stehen. Zudem wurden im Frühjahr eine Notunterkunft für von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen und im Herbst eine für Familien eröffnet. Im kommenden Haushalt werden die Mittel um Menschen vor Obdachlosigkeit zu schützen, deutlich erhöht. Damit soll die Kältehilfe um zwei Monate verlängert werden, in denen jeweils 500 Plätze zur Verfügung stehen. Wohnungslosenhilfen werden ausgebaut, die Straßensozialarbeit und die Bahnhofsmision gestärkt und die Öffnungszeiten des Hygienecontainers am Bahnhof Zoo verlängert.

■ Um Stromsperren zu verhindern, wird ab 2018 eine unabhängige **Energieschuldenberatung** finanziert. Auch die Schuldner- und Insolvenzberatungen in den Bezirken werden ausgebaut.

■ Die **Landeskommission** zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut hat die Arbeit aufgenommen.

■ Die rot-rot-grünen Fraktionen haben im Haushalt Geld bereitgestellt, damit der Preis für das ermäßigte **Tierpark- und Zoo-Ticket** für berlinpass-Inhaber*innen gesenkt werden kann.

BEZAHLBARE MIETEN UND SOZIALE STADTENTWICKLUNG

■ In einer Kooperationsvereinbarung mit den **Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften** wurde festgelegt, dass diese in fünf Jahren mindestens 30.000 Wohnungen neu bauen und mindestens 10.000 kaufen. Bei Neubauprojekten der Landeseigenen müssen mindestens die Hälfte der Wohnungen mietpreis- und belegungsgebunden an Menschen mit Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet werden. Dasselbe gilt für 60 Prozent der Wohnungen im Bestand, die wieder vermietet werden.

■ **Mietsteigerungen** bei den Landeseigenen wurden auf maximal zwei Prozent jährlich **begrenzt**. Die Modernisierungsumlage wurde auf sechs Prozent abgesenkt.

■ Im **sozialen Wohnungsbau** gab es 2017 für circa 50.000 Haushalte keine Mieterhöhung. Mieten dürfen im sozialen Wohnungsbau nicht mehr rückwirkend erhöht werden. Sozialmieter*innen haben jetzt bereits einen Anspruch auf Mietzuschüsse, wenn ihre Warmmiete – statt wie bisher die Kaltmiete – ein Drittel ihres Einkommens übersteigt. Die Höhe des maximalen Mietzuschusses wurde von 2,50 Euro auf 5 Euro pro Quadratmeter angehoben.

■ Um offene **Mieterberatungsstellen** in allen Bezirken zu ermöglichen, wird Geld in den Haushalt eingestellt. Außerdem sollen Menschen mit wenig Einkommen,

wie Empfänger*innen von Transferleistungen und Asylbewerber*innen, durch Kooperationsverträge mit Mieterverbänden einen **kostenlosen Rechtsschutz** bekommen.

■ Bei großen **Neubauprojekten** müssen mindestens 30 Prozent der Wohnflächen mietpreis- und belegungsgebunden vermietet werden, statt wie zuvor 25 Prozent der Wohnungen.

■ Um Anwohner*innen bei Neubauprojekten frühzeitig einzubeziehen, werden derzeit neue **Richtlinien für mehr Bürgerbeteiligung** entwickelt. Bei einigen besonders umstrittenen Projekten (Fischerinsel, Michelangelostraße, Friedrichshain West) konnten wir erreichen, dass die bisherigen Pläne überarbeitet werden.

■ Um Mieter*innen vor Spekulation zu schützen, können die Bezirke durch das **Vorkaufsrecht** Häuser in Milieuschutzgebieten in die öffentliche Hand bringen, die verkauft werden sollen. Bereits zwölf mal haben Bezirke, vor allem Friedrichshain-Kreuzberg, davon Gebrauch gemacht. Genauso oft konnten Käufer*innen in sogenannten Abwendungsvereinbarungen dazu verpflichtet werden, die Ziele des Milieuschutzes einzuhalten. Der Senat hat zudem bereits fünf Vorkaufsrechtsverordnungen erlassen, um Flächen für eine soziale Stadtentwicklung zu sichern.

■ Das **Neue Kreuzberger Zentrum** (NKZ) am Kottbusser Tor wurde durch die landeseigene Gewobag gekauft und soziale Mieten dadurch langfristig gesichert.

■ Die **Zweitwohnungssteuer** wird ab 2019 erhöht.

■ Wichtige Immobilien und Grundstücke für Wohnungsbau, Kultur und Bildung wie das Haus der Statistik konnten mit dem **Hauptstadtfinanzierungsvertrag** an Berlin übertragen werden.

■ Wir wollen, dass die **Liegenschaften des Bundes** gemeinwohlorientiert genutzt, anstatt zu Höchstpreisen verkauft werden. Die von Berlin dazu eingebrachte **Bundesratsinitiative** wurde angenommen. Weitere Bundesratsinitiativen zu Mietzahlungsverzug und zur Verschärfung der Mietpreisbremse wurden gestartet.

GUTE ARBEIT

■ Rot-Rot-Grün hat die **Mindestlöhne** bei den landeseigenen Betrieben und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf neun Euro pro Stunde angehoben.

■ Im **Kampf gegen Schwarzarbeit** wurde die Zahl der Baustellenkontrolleure verdoppelt.

■ Nachdem die Bundesregierung und andere Bundesländer nicht bereit waren, sich an einer Lösung für alle von der **Air-Berlin**-Pleite betroffenen Mitarbeiter*innen zu beteiligen, ließ der Senat die Berliner Beschäftigten nicht im Regen stehen und unterstützte die Gründung einer **Transfergesellschaft** für diese. Ziel ist es, möglichst vielen Beschäftigten

von Air Berlin eine Perspektive unter anderem im öffentlichen Dienst zu vermitteln.

■ Die rot-rot-grüne Koalition hat angeschoben, dass **sachgrundlose Befristungen** von Arbeitsverträgen im Öffentlichen Dienst und bei den Landesunternehmen künftig ausgeschlossen werden sollen.

■ Im Haushalt ist für die kommenden zwei Jahre Vorsorge getroffen, um auch in Unternehmen mit Landesbeteiligung gute Arbeit und **tarifgebundene Bezahlung** gewährleisten zu können.

■ Rot-Rot-Grün will die Arbeitsbedingungen bei Trägern von sozialen Einrichtungen, die Zuwendungen vom Land oder den Bezirken bekommen, verbessern. Deshalb werden im Haushalt Mittel für **Tariferhöhungen** bereitgestellt und es soll kontrolliert werden, dass diese auch wirklich bei den Beschäftigten ankommen.

■ Um Dozent*innen an den **Volkshochschulen** besser bezahlen zu können, bekommen die Bezirke mehr Geld.

BESTE BILDUNGSSCHANCEN

■ Als erstes Bundesland überhaupt stellt Berlin **Grundschullehrkräfte** bei der Bezahlung mit den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen gleich. Für Lehrer*innen und Lehrer, die neu eingestellt werden, ist dies bereits in Kraft. In den Haushaltsberatungen haben die rot-rot-grünen Fraktionen Geld bereitgestellt, damit auch die Gehälter der Lehrkräfte zügig angepasst

werden können, die bereits länger an den Schulen unterrichten.

■ Um sicherzustellen, dass **Quereinsteiger** an Schulen qualifizierten Unterricht leisten können, wird ein Qualitätspaket in Höhe von 26 Millionen für 2018 und 33 Millionen für 2019 finanziert.

■ Lehrer*innen an **Brennpunktschulen** soll eine Zulage gezahlt werden.

■ Die **Bedarfsprüfung in der Kita** wurde abgeschafft, alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr haben ab 2018 Anspruch auf eine 7-Stunden-Betreuung. Ab 2019 sind alle Kitajahre gebührenfrei.

■ Auch im **Schulhort** sollen die Bedarfsprüfung und die Gebühren ab 2019 schrittweise abgeschafft werden.

■ Um die maroden Schulen zu sanieren und neue zu bauen ist die **Schulbauoffensive** angelaufen, allein für 2017 stehen 830 Millionen Euro dafür zur Verfügung.

An 249 Schulen finden bereits Sanierungen statt. Um schnell mehr Platz zu schaffen, wurden schon 33 Modulare Ergänzungsbauten fertig gestellt.

■ Um Bildung besser zu finanzieren, wollen wir, dass das **Kooperationsverbot** zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich aufgehoben wird. Dazu hat Berlin eine Bundesratsinitiative eingebracht.

■ Stärkung der **inklusiven Schule**: mit dem Doppelhaushalt werden 2018 zusätzlich 13,2 Millionen Euro und 2019 zusätzlich 15,4 Millionen Euro gegenüber den Vorjahren zur Verfügung gestellt.

■ Wir wollen die **Gemeinschaftsschule** im Schulgesetz

verankern. Die rot-rot-grünen Fraktionen haben dafür einen Antrag beschlossen und den Senat beauftragt, ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG

■ Alle **Turnhallen** und weitere prekäre Unterkünfte wie das ICC, das Rathaus Wilmersdorf und die Hangars im Tempelhofer Flughafen wurden frei gezogen und die geflüchteten Menschen besser untergebracht.

■ Alle Geflüchteten, deren Aufenthalt für mindestens ein Jahr anerkannt wurde, erhalten jetzt unabhängig von ihrem konkreten Status einen **Wohnberechtigungsschein (WBS)**.

■ Um am Leben in Berlin teilhaben zu können, brauchen alle Geflüchteten Sprachkurse – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Berlin ermöglicht deshalb auch **Sprachkurse** für alle, die keine Kurse vom BAMF bekommen, weil ihnen keine „gute Bleibeperspektive“ unterstellt wird.

VIelfältiges Berlin

■ Für **Projekte gegen Rechts**, gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie werden im kommenden Haushalt deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

■ Die rot-rot-grüne Koalition hat beschlossen, dass ein **queeres Jugendzentrum** für die ganze Stadt aufgebaut wird.

■ Mit dem kommenden Haushalt werden **Frauenprojekte** und der Kampf gegen Gewalt an Frauen gestärkt, es werden mehr Plätze in Frauenhäusern geschaffen und auf die spezifischen Bedürfnisse verschiedener Gruppen, wie zum Beispiel Frauen mit Behinderungen, abgestimmt.

MOBIL IN DER STADT

■ In einem intensiven Dialogprozess mit der Initiative „Radvolksentscheid“ sowie anderen Umwelt- und Verkehrsverbänden hat die Koalition den Entwurf eines **Mobilitätsgesetzes** erarbeitet, das die Grundlage für die Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs bilden wird. Die Investitionen für neue Radwege werden massiv erhöht.

■ Die **Tarife** für den Öffentlichen Nahverkehr wurden **eingefroren**, bis eine neue Tarifstruktur erarbeitet ist. In den Haushaltsberatungen haben die rot-rot-grünen Fraktionen Geld bereitgestellt, um die Preise der Schüler- und Azubi-Tickets und des Job-Tickets zu senken.

■ Das Projekt **Inklusionstaxi** wird in den nächsten zwei Jahren mit 1,5 Millionen Euro finanziert. Hierbei handelt es sich um barrierefreie Taxen, die es Menschen im Rollstuhl ermöglichen, spontan ein Taxi zu bestellen.

ENERGIE, KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

■ Rot-Rot-Grün hat den **Kohleausstieg** bis spätestens 2030 beschlossen. Ein wichtiger Meilenstein dafür war das Ende der Kohleverbrennung im Kraftwerk Klingenberg.

■ Wir haben die von der CDU in der vergangenen Legislaturperiode erzwungenen Einschränkungen für die Betätigung des Berliner **Stadtwerks** aufgehoben und es mit 100 Millionen Euro zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet. Alle Berliner*innen können jetzt Kund*innen des Stadtwerks werden.

■ Um den riesigen Verbrauch an umweltschädlichen Einwegbechern zu reduzieren, hat die rot-rot-grüne Koalition eine berlinweite Initiative für **Mehrwegbecher** ins Leben gerufen.

■ Erstmals erhält das **Tierheim** Berlin im kommenden Haushalt Zuschüsse, um seine wichtigen Aufgaben erfüllen zu können.

GESUNDHEIT

■ Der Aufsichtsrat der **Charité** hat die **Rekommunalisierung der CFM** für das kommende Jahr beschlossen.

■ Mit dem kommenden Haushalt und den Sonderprogrammen für die wachsende Stadt wurden die Investitionsmittel für die **Krankenhäuser** zunächst auf 130 Millionen im Jahr 2018 und 140 Millionen im Jahr 2019 erhöht. Darüber hinaus haben sich die rot-rot-grünen Fraktionen in den Haushaltsberatungen darauf geeinigt, die Ausgaben für die Krankenhäuser um weitere 20 Millionen Euro aus den SIWANA-Mitteln aufzustocken. Zudem wird die umfangreiche Sanierung und Erweiterung des größten Vivantes-Klinikums in Neukölln durch eine Kapitalzuführung in Höhe von 18 Millionen Euro gewährleistet. Mehr Geld für Investitionen ermöglicht es den Krankenhäusern, den Forderungen nach einer Mindestpersonalausstattung besser nachzukommen.

■ Die rot-rot-grünen Fraktionen haben im Haushalt für 2018 und 2019 Geld eingeplant, um eine Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung einzurichten und einen **anonymen Krankenschein** zu finanzieren.

■ Der **Kampf gegen AIDS** und die HIV-Prävention werden mit deutlich mehr Mitteln gestärkt.

■ Der Senat hat eine Bundesratsinitiative für eine **solidarische Bürgerversicherung** eingebracht.

KULTUR FÜR ALLE

■ Die Mittel für zahlreiche Kulturinstitutionen werden im kommenden Haushalt erhöht, um vereinbarte **Tarifsteigerungen** zu finanzieren. Damit leistet Rot-Rot-Grün einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen prekäre Beschäftigung im Kulturbereich.

■ Indem die **kulturelle Basis** der Stadt gestärkt wird, statt vor allem auf Leuchtturm-Projekte zu setzen, leiten wir eine Wende in der Kulturpolitik ein. Die Mittel für die bezirkliche Kulturarbeit und die freien Träger werden erhöht, der Bezirkskulturfonds verdoppelt.

■ Mit der Einrichtung eines **Festivalfonds** sichert Berlin dauerhaft die Zukunft des Karnevals der Kulturen und anderer Veranstaltungen, die bisher jedes Jahr auf's Neue um ihre Finanzierung bangen mussten.

■ Dem Ziel, 2.000 **Atelierräume** zu sichern, sind wir durch die Vereinbarung zur Prenzlauer Promenade ein großes Stück näher gekommen.

■ Um Anwohner*innen von Clubs vor Lärm zu schützen und gleichzeitig **Clubkultur** in der Innenstadt weiter zu ermöglichen, wird eine Millionen Euro für einen Lärmschutzfonds zur Verfügung gestellt. Damit können zum Beispiel Lärmschutzwände oder schallschluckende Einbauten in den Clubs finanziert werden.

■ Die Bezirke erhalten deutlich mehr Mittel, um mehr Lehrer*innen an **Musikschulen** fest anstellen zu können.

■ Deutlich gestärkt werden auch die **Kinder- und Jugendtheater** mit überproportional höheren Mittelzuweisungen im kommenden Haushalt.

■ Durch den **Hauptstadtfinanzierungsvertrag** erhält Berlin in den kommenden zehn Jahren mehr Geld für Kultur vom Bund.

■ Die Zukunft des **Theaters am Kurfürstendamm** konnte gesichert und ein jahrelanger Konflikt beendet werden.

FUNKTIONIERENDE VERWALTUNG, STARKE BEZIRKE

■ Um die **Bezirke** in die Lage zu versetzen, ihren vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, wird ihnen für 2018 insgesamt 9.125 Millionen Euro zugewiesen, für 2019 insgesamt 9.235 Millionen Euro.

■ Die Vorgaben für den Personalabbau in den Bezirken wurden endlich abgeschafft und Mittel für neue Stellen bereitgestellt. Die Bezirke bekommen als zusätzliche **Personalmittel** 60 Millionen Euro für 2018 und 70 Millionen Euro für 2019. In 2018 können die Bezirke von den 60 Millionen Euro rund 41 Millionen Euro in eigener Verantwortung belegen, das entspricht rund 818 Vollzeitäquivalenten.

■ Durch mehr Personal und eine bessere Organisation konnte die Wartezeit bis zu einem freien Termin in den **Bürgerämtern** spürbar verkürzt werden. Damit

endlich wieder alle Dienstleistungen der Verwaltung kontinuierlich und innerhalb von vertretbaren Fristen zur Verfügung stehen, bleibt noch Einiges zu tun.

■ Um die **Beamtenbesoldung** bis 2021 an das Niveau der anderen Bundesländer anzupassen, hat Berlin erste Schritte gemacht. Die rot-rot-grünen Fraktionen haben in den Haushaltsberatungen das Geld dafür bereitgestellt, um die Besoldungsanpassung in 2018 und 2019 jeweils zwei Monate vorzuziehen. Auch die Selbstbeteiligung der Beamt*innen bei der Beihilfe, die sogenannte „Kostendämpfungspauschale“ fällt künftig weg.

SICHERHEIT STATT ÜBERWACHUNG

■ Die parlamentarische Kontrolle von **Funkzellenabfragen** wurde erleichtert.

■ Der Einsatz von **V-Leuten** wird **eingeschränkt** und bedarf künftig der Genehmigung der politischen Leitung.

■ Die sinnlose **Null-Toleranz-Zone** gegen Drogendelikte im Görlitzer Park ist wieder **abgeschafft** worden.

■ Mehr **Sicherheit** kann nicht durch Videoüberwachung, sondern nur durch mehr Polizist*innen vor Ort geschaffen werden. Mit dem kommenden Haushalt werden 795 neue Stellen bei der Polizei geschaffen. In den öffentlichen Verkehrsmitteln sind **Doppelstreifen** von Polizist*innen und BVG-Mitarbeiter*innen eingeführt worden. Am Alexanderplatz wird derzeit die sogenannte Alexwache gebaut.

■ Mit dem Doppelhaushalt werden auch 243 neue Stellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften geschaffen. Rot-Rot-Grün sorgt damit für den größten **Stellenzuwachs** in der Berliner **Justiz** seit der Wiedervereinigung.

■ Um den Terroranschlag am Breitscheidplatz aufzuklären, wurde Bruno Jost vom Senat als Sonderermittler beauftragt. Nachdem dieser Versäumnisse beim LKA aufdeckte, hat die rot-rot-grüne Koalition einen **Untersuchungsausschuss** eingesetzt.

SPORT

■ Durch eine mehrjährige **Fördervereinbarung** mit dem **Landessportbund** Berlin und deutlich mehr Geld im kommenden Haushalt erhält der Breiten- und Leistungssport Planungssicherheit.

■ Um für verlässliche Öffnungszeiten zu sorgen, wird auch für die **Berliner-Bäder-Betriebe** mehr Geld im Haushalt eingestellt. Für die Bewältigung der Probleme bei den Berliner-Bäder-Betrieben kann das jedoch nur ein Anfang sein.

■ Um die **Sportanlagen** der Bezirke zu sanieren, werden weiterhin 18 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt.

■ Zur schnellen Sanierung der **Turnhallen**, die als Flüchtlingsunterkünfte genutzt worden sind, sind den Bezirken im Frühjahr zusätzliche Mittel zur

Verfügung gestellt worden. Zudem wurde ein Fonds zur Entschädigung der betroffenen Sportvereine eingerichtet.

WISSENSCHAFT

Mit den **Hochschulverträgen** wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, viele Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen:

■ Die Hochschulen bekommen jährlich 3,5 Prozent mehr Mittel bezogen auf das Gesamtvolumen und damit sichere finanzielle Rahmenbedingungen.

■ Rot-Rot-Grün geht gegen prekäre Beschäftigung im Wissenschaftsbereich vor: für Daueraufgaben werden auch Dauerstellen geschaffen; mindestens 35 Prozent des Personals soll dauerhaft unbefristet beschäftigt werden, die **Mindestvergütung** für Lehrbeauftragte wird 2018 von 24,50 Euro auf 35 Euro erhöht und 2019 dann auf 37,50 Euro.

■ An den Hochschulen werden mehr **Lehrer*innen** ausgebildet. Die Absolvent*innenzahl wird bis zum Jahr 2022 pro Jahr von 1.000 auf 2.000 Lehrkräfte verdoppelt.

DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5 | 10111 Berlin

fon: 030.23252500 | fax: 030.23252505

V.i.S.d.P. Stefanie Graf

Berlin, Dezember 2017 | Auflage 3.000

www.linksfraktion.berlin



Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

